

# Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

## Verbands Organ.



Abonnements-Preis für Nichtmitglieder 40 Pfg. pro Monat, 120 Pfg. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pfg., pro Quartal 2 Mark 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Anzeigen kosten die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg. bei 6 maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt. „ 18 „ „ 55 „ „ 30 „ „ 50 „ „

Redaktion: F. W. G. Dammeler, Velsenstr. 6. Druck und Verlag von F. Brangenberg, Bochum.

## Kameraden, agitiert für den Verband und für Eure Zeitung!

### Etwas vom Nullen.

Erblickt nach mühevoller Schicht,  
Der Knappe wieder Tageslicht,  
Für Stelle, wo die Esfel hängt,  
So ihn, am allerersten drängt.  
Hier ist mit Freude dich und seit  
Sein Fleiß feiert auf schwarzem Brett,  
Das sagt seiner Arbeitskraft,  
Was er gefördert und geschafft.  
In Zahlen ist hier umgekehrt  
Der Arbeitsschweiß, der ihn geneht —  
Achtstundentange Müß' und Noth,  
Gekündigt von Gefahr umdroht. —  
Hier kann er's klar und deutlich schau'n,  
Wie viel er Kohlen hat gehau'n,  
Wie viel er Wagen hat gefüllt  
Von Staub und Pulverdampf umhüllt.  
Und stimmt die Zahl der Wagen nicht,  
Die er geliefert in der Schicht,  
Und sieht er hier verzeichnet Reh'n  
Nur sechs derselben anstatt zehn, —  
So ist dies einfach seine Schuld —  
Die sind — weil unrein — ihm genullt,  
Umsonst hat sich der arme Nicht  
Dafür geplagt in harter Noth.  
Und ob der Knappe lacht und grollt,  
Rein Wagen wieder rückwärts rollt —  
Das Nullen blüht und bleibt in Kraft,  
Die Macht auch hier die Aend'ring schafft.  
Und diese Macht im Bergmannsband  
Sie bringt euch einzig der Verband —  
O trete Knappen alle ein,  
Rein Nullen wird dann fürder sein. —

### Zum Programm des diesjährigen intern. Bergmannstages.

II.

Auf die weiteren Punkte des Programms können wir erheblich kürzer eingehen, da dieselben durchweg Forderungen betreffen, welche fortwährend sowohl durch die Arbeiterpresse, wie auch in bergmännischen Versammlungen erörtert werden.

Die Abschaffung der Frauenarbeit auf und in den Gruben ist eine so selbstverständliche Forderung, daß nur der eingefleischte Kapitalist sich derselben entgegenstellen kann. Für einen großen Theil des deutschen Bergbaues, z. B. für das Ruhrgebiet, und für den Saarbrückener Bergbau kommt diese Frage schon nicht mehr in Betracht. Hier arbeiten keine Frauen auf den Gruben.

Anderer in Oberschlesien, wo allein 7,4% der Steinkohlenbergleute weibl. Geschlechts sind; für Niederschlesien beläuft sich die Zahl der weibl. Bergleute auf 1,6, für Aachen (Steinkohlenbergbau) auf 0,2%. Im Erzbergbau Preußens arbeiten Frauen: Siegen-Raffau 2,2%, rechtsrh. Erzbergbau 2,3%, linksrh. Erzbergbau 2,6%. Im Braunkohlenbergbau sind beschäftigt 1,8% Frauen. Diese weiblichen Arbeiter von der sie körperlich sehr schädigenden Grubenarbeit frei zu machen, ist Aufgabe der sozialen Gesetzgebung und stimmen daher unsere Kameraden in Aachen so, wie es ihr Menschlichkeitsgefühl ihnen eingibt. Ganz abgesehen davon, daß die billige weibliche Arbeitskraft von den Unternehmern im Bergbau nur zur Lohndrückung benutzt wird.

Auf die Forderung des Kongresses den Achtstundentag betreffend, brauchen wir nicht einzugehen, da es wohl keine Frage bleibt, in der unsere Kameraden so einig sind, und die so reichlich besprochen ist, wie gerade die Verkürzung der Arbeitszeit.

Eine besonders wichtige Frage ist die der Produktionsregelung, die in diesem Jahre, gleich dem vorjährigen, den internationalen Bergmannskongress beschäftigen wird. Ob das System Levy nochmals zur Debatte kommt wissen wir nicht; der Antrag der Franzosen und Belgier läßt es aber als wahrscheinlich ansehen. Hier wird ein Inverbindtreten von Arbeitgebern und -nehmern gefordert, behufs Ausgleich von Produktion und Verbrauch von Kohlen etc. Eine solche Forderung muß für die deutschen Bergleute ganz phantastisch klingen, wissen sie doch, wie zuvorkommend ihre Arbeitgeber sind, mit ihren Arbeitern in Verhandlung zu treten. Für England ist diese Forderung, Dank der strengen Organisation der englischen Kameraden schon zum guten Theil gelöst. Anders in Deutschland,

und so weit wir unterrichtet sind auch Oesterreich, Frankreich und Belgien. Hier sind die Grubenbesitzer nicht dazu zu bewegen, gemeinsam mit ihren Arbeitern zu handeln. Für das Ruhrgebiet ist der von den Franzosen und Belgiern geforderte Ausgleich aber auch schon thatsächlich in Erscheinung getreten. Das Rheinisch-Westf. Kohlen Syndikat regelt die Produktion der Ruhrkohle nach Maßgabe des Verbrauchs. Natürlich geschieht dies ohne Mitwirkung der Arbeiter und sogar zum Schaden für dieselben. Doch trägt hier die Bergarbeiterchaft ganz allein die Schuld, indem sie sich von interessierten Leuten immer und fortgesetzt zersplittern und verhehen läßt. Der Schaden, den das Syndikat dem Bergmann zufügt, kann man als Erste betrachten für die Saat, so von allerlei »Arbeiterfreunden« seit 1889 gesät ist.

Uns blüht der Antrag deutscherseits, der jegliche Ueberarbeit, welche auf Vermehrung der Produktion gerichtet ist, sei viel annehmbarer als der Antrag der Franzosen und Belgier. Durch den deutschen Antrag wird der Staat veranlaßt, regelnd einzugreifen, und ganz und gar kann und wird sich dieser seiner sozialen Aufgabe nicht entziehen. Schon allein aus Furcht vor dem »Umsturz« nicht.

Wenn ein Verbot der Ueberarbeit, wie es der deutsche Antrag verlangt, erlassen wird, hört es auf, daß zur Zeit guter Geschäfte nur immer Ueberarbeiter auf Ueberarbeiter verfahren werden, anstatt eine Menge arbeitsloser Kameraden beschäftigt werden und das ist eine sehr wichtige Forderung der gesamten Arbeiterorganisationen.

Was den Punkt: Sicherheitsmaßregeln anlangt, so wissen wir bestimmt, daß bezüglich der Sicherheit des Bergmannslebens der Kongress der Ansicht sein wird, überhaupt nicht zu weit gehen zu können.

Die besten Schutzbestimmungen sind für die Bergleute gerade gut genug. Und unsere Kameraden werden dahingehend entscheiden.

Selbstverständlich ist ebenfalls, daß der Kongress allen Anträgen, die auf eine wirtschaftliche Sicherstellung des Bergmanns, solle er infolge seines schweren Berufs zu Schaden kommen, seine volle Zustimmung giebt. Daß die Unterstützung, Involkden etc. Klassen auch der alleinigen Verwaltung der für dieselben Steuernenden unterstellt werden, ist eine solche Forderung, deren Selbstverständlichkeit keinen Zweifel unterlegt. Nur un-mündigen, oder unter Kuratel gestellten Personen entzieht man die Selbstverwaltung ihres Eigentums. Der Bergmann ist aber nicht kindisch, sondern ein Mensch, der sich — Ausnahmen abgerechnet — der Verantwortlichkeit seiner Handlungen wohl bewußt ist.

Die sonstigen Programmpunkte können wir wegen dem beschränkten Raum d. Ztg. nicht würdigen. Doch wird dieses deutscherseits geschehen in der unmittelbar vor der Tagung des Kongresses stattfindenden Vorbesprechung der deutschen Delegierten.

Erwähnen wollen wir noch, daß auch wir für das Abhalten des Kongresses alle zwei Jahre sind. Auch daß der Kongress selbst seinen nächsten Tagungsort bestimmt, entspricht ganz unserer Ansicht. Die Sekretäre der einzelnen Nationen können sich dann einen oder zwei Tage früher zum Kongressort begeben und die notwendigen Einleitungen vornehmen. Durch diese Neu-regelung werden große Summen Geld gespart.

Wir schließen unsere Besprechung des Programms für den diesjährigen intern. Bergmannstag mit einem herzl. Glück auf! Zur ernsten Arbeit in Aachen.

### Die Löhne der Steinkohlenbergleute Preußens 1895.

»Es ist wahrhaftig kein Spaß, heute ein Bergwerksbesitzer zu sein!« So ungefähr äußerte sich Herr Schmieding, Dortmunds städtischer Oberhaupt und Mitglied des preussischen Abgeordneten- und Herrenhauses 1892 im preussischen Landtag, anlässlich der Beratung der Berggesetznovelle.

1892 war jene Zeit, in der die Herren der Kohle die un-gener gestiegenen Profite des durch den Bergmannstreik 1889 in die Höhe gegangenen Kohlengeschäfts einheimten. Die Kohlenpreise waren damals (1890) um 40-50 pCt. gestiegen, und 1892 hatten sie noch eine recht ansehnliche Stellung. Wohl aber zeigten die Kohlenpreise die unverkennbare Tendenz sich zu senken.

Da wurde 1893 das rhein-westf. Kohlen Syndikat gegründet und jedenfalls wird Herr Schmieding mit uns und fast allen Rechen-Geschäfts-Verächtern der Meinung sein, daß heute — 1896 — die Lage eines Bergwerksbesitzer sich um verschiedene Prozente gebessert hat. Rechen, welche Jahre lang keine, oder nur geringe Ausbeute vertbeilten, deren Ueberfluß ganz oder zum größten Theil durch Abschreibungen, Anlegen von Reservefonds und Lantlemen an ihre Verwaltungsräthe aufgebraucht

wurden, diese Werke können heute bei enormen Abschreibungen etc. noch namhafte Gewinne an ihre Aktionäre verteilen. Die Lage der Grubenbesitzer hat sich unbestreitig erheblich verbessert.

Zum Betrieb einer Zeche gehört aber nicht nur ein Stab von Verwaltungsräthen, die den Aktionären gezahlten »Verdienst« können nicht von diesen ihren Comptoirs oder auf eventl. Wadereisen erzielt werden. Um den Schranke des Börsemannes mit Gold zu füllen und die Couponscheere in Bewegung zu setzen, dazu gehört vor allen Dingen die Erzeugung der Dividende durch den Bruder Arbeiter. Ohne diesen wäre der »Segen der Bergbau« nicht vorhanden, könnten keine Profite an die Herren Aktionäre verteilt werden. Was einem Unbe-fangenen wohl zu dem Schluß verleiten könnte, daß nun auch diese wahrhaften, vornehmlichen Vertheidiger bei der Verteilung der geschaffenen Reichthümer die Vorhand hätten.

Aber der unbefangene Mensch denkt — die verehrlichen Grubenbesitzer lenken.

Im ersten Heft der »Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen« wird das amtliche Ergebnis der Lohnzahlungen im preussischen Steinkohlenbergbau pro 1895 mitgeteilt. Wir können es uns nicht versagen, den Kameraden die sie jedenfalls interessirenden Ziffern mitzutheilen. Um einen Vergleich mit den gezahlten Löhnen des Jahres 1894 zu gestatten, setzen wir die bezüglichen Zahlen mit herüber.

Es verdienen im Tagesdurchschnitt die Bergleute in folgenden Reihen:

	Klasse a		Klasse b		Klasse c	
	1894	1895	1894	1895	1894	1895
Oberschlesien	2,79	2,78	2,44	2,46	2,15	2,14
Niederschlesien	2,59	2,64	2,49	2,52	2,18	2,19
Oberbergamt						
Dortmund	3,73	3,75	2,61	2,65	2,72	2,74
Saargebiet	3,68	3,70	2,65	2,69	2,79	2,80
Aachen	3,15	3,20	2,51	2,53	2,44	2,40

Sind das nicht Mieselöhne? Und für welche Arbeit werden sie gezahlt! Eine Arbeit wo der blasse Tod jeden Augenblick den Armen hinwegrafft. Eine Arbeit, wobei die Arbeiter als verbrannte und zerschmetterte Körper oft zu Hunderten zu Tage gefördert werden. »Kleine Unglücksfälle«, Beinbrüche, Knochenzerschmetterung, oder auch eine Verwundung, wobei »nur« ein oder zwei Knappen den Tod erleiden, werden gar nicht mehr geachtet. Kaum, daß irgend ein Tagesblatt die lafonische Meldung bringt, da oder dort ist ein »größtliches Unglück« passiert. So wie die Blattnummer vertheilt ist, hat man in der verehrlichen Redaktion das »größtliche Unglück« schon vergessen und greift zur Feder, um die »Gelehrlichkeit der Bergleute« gebührend zu geißeln. Das gerade diejenigen Blattleiter, welche am wenigsten Ahnung haben von der wirklichen Bergarbeit, am meisten diese als »nicht so sehr anstrengende« hinzustellen liebsten, weckt natürlich das Lächeln des Kenners. Aber die Presse ist heute eine große Macht und allzuleicht glaubt auch das Volk jenen Blättern, die sich anmaßen, über ihnen vollständig fremde Dinge ein Urtheil zu fällen.

Was der Knappe für sein Risiko erhält, ist oben zu ersehen. Seit 1894 ist sein Lohn um einige Pfennige gestiegen, während nach allgemeiner Kenntniß das Jahr 1895 den Unternehmern ungeheure Profite gebracht hat. Specially in Rheinland-Westfalen hat das Kohlen Syndikat, wie wir schon oft nachwiesen, den Gewinn der Unternehmer oft bis zu 100 pCt. gesteigert, noch etwmal so viel »Verdienst« erzielten 1895 die Aktionäre, wie im Jahre vorher.

Und was erzielten die Leute, denen alles zu verdanken ist die Bergleute? »Amlich« flieg der Hauerlohn (Klasse a) um — 2 Pfennige (!) pro Schicht. »Nichtamlich« haben wir aber schon mehrfach festgestellt, daß die Löhne im Ruhrgebiet sogar noch gesunken sind.

Für Niederschlesien gibt die amtliche Quelle ein Steigen des Hauerlohnes um 3 Pfennige an. Und das in derselben Zeit, wo, wie der Bericht der Zechen in Niederschlesien lehrt, diese ganz erhebliche höhere Ueberflüsse gemacht, wie in den Vorjahren. Da ist es allerdings angebracht, daß sich unsere niederschlesischen Kameraden zusammenschließen, um in »reichstreuere Vereinen« ihre Lage zu — verschlechtern. Denn kein vernünftiger Mensch wird zugeben, daß mit Witten, Flehen und Ernennung zu »Ehrenmitglieder« die Grubenverwalter ihren Leuten bessere Löhne gewähren. Die Zeit der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital war noch niemals da, am allerwenigsten aber am Ende des 19. Jahrhunderts.

Kurz und gut, wenn wir uns die oben mitgetheilten Lohnzahlungen ansehen, dann spüren wir absolut nichts von dem »fetten Jahr« 1895. Wichtige Lohnerdhöhungen, einzeln sogar Lohnabzüge, daß ist es, was die flotte Geschäftszelt dem Bergmann gebracht hat, während die Aktionäre schmunzelnd den sehr gestiegenen Reinertrag der Bergmannsarbeit einstecken.

Das wird so bleiben, wenn der Knappe wie bisher seine Aufgabe darin sucht, anstatt sich seinem Verbanne anzuschließen, allerhand »reichstreuere« und »christliche« Schatztruppen der Grubenbesitzer anzugehören. Wenn die Augen nicht aufgehen angesichts der geübten Praxis der Unternehmer, der thut uns leid; dem ist auch nicht zu helfen. Er mag seinen Traum weiter träumen, das Erwachen wird ihm jedenfalls nicht behagen.

An die denkenden Bergleute aber ergeht immer dringender die Mahnung:

Folgt dem Beispiel eurer Arbeitgeber! Organisiert euch, denn nur vereinigt ist dem Kapital Beförderung für den Arbeitsmann abzutragen.



# Deutscher Gewerkschaftskongress.

(Originalbericht)

(Berlin, 5. Mai 1896.)

Zu der Vormittags-Sitzung ist noch nachzutragen, daß der Kongress zur Unterstützung der streikenden Fabrikarbeiter 5000 Mark bewilligt. Die Tagesordnung wurde in der von der General-Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen; zugefügt wurden noch zwei Punkte: Bericht über die Bewegung in der Konfektionsbranche, die Tilm und die Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Konfektion. Ref. Frau Kähler-Hamburg.

## Nachmittags-Sitzung.

Tilm eröffnet um 3 Uhr die Sitzung mit der Verlesung eines Zustimmungsschreibens aus München (Schäffler). Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 136 Delegierte, entsetzt von 56 Organisationen mit 256 000 Mitgliedern, anwesend seien.

Hollmann fordert Ausschließung jener Delegierten, deren Organisationen, ihren Verpflichtungen der General-Kommission gegenüber nicht nachgekommen sind. Der Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Legien gibt als Vorsitzender der General-Kommission den Rechenschaftsbericht. (Wir werden später den Bericht ausführlich bringen. D. B.) Die Einnahme vom 1. März 1892 bis 31. März 1896 betrug 128 139,16 Mk., die Ausgabe 92 418,72 Mk., Restbestand 35 720,44 Mk. Für Agitation sind 30 375,36 Mk. ausgegeben. Größere Agitationen unternahm die General-Kommission nach Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und Thüringen, die auch Erfolge zeigten. Legien betont die Schwierigkeiten der Agitation in den östlichen Provinzen, speziell in Oberschlesien. Auch die Agitation unter den Arbeitern der Nahrungsmittelbranche, speziell unter den weiblichen Arbeitern ist ebenfalls wichtig und erfordert die ganze Kraft der General-Kommission. Wenn einzelne Organisationen die Existenz der General-Kommission bekämpfen, so wird die Schwere der Aufgabe, die der General-Kommission gestellt ist, nicht erkannt; vielmehr aber auch werden sich die Vorstände der Organisationen gegen die Centralstelle. Den vielfach kursierenden Gerüchten über „Spannung zwischen der General-Kommission und der Parteilichkeit“ etc. haben wir wenig Bedeutung beigelegt. Was hierüber zu sagen ist, haben wir nicht im Geschäftsbericht eingefügt. Ich (Legien) denke, meine Differenz mit v. Elm etc. auf dem Berliner Parteitag sehe ich als meine persönliche Sache an, der General-Kommission als solche geht dies nichts an. Redner legt dann im Kurzen die sog. Differenzen zwischen General-Kommission dar, die sich im wesentlichen als Aufbauschungen ganz kleinlicher Dinge darstellen. Es ist aber dennoch vorgekommen, daß einzelne Verbände (Handschuhmacher) das Verhältnis zur General-Kommission lösten. Auch die Tabakarbeiter beschlossen, die Beitragszahlung an die General-Kommission einzustellen, trotzdem die Kommission gerade den Tabakarbeitern großartige Unterstützung geleistet hat. Dies war ein äußerst undankbares Vorgehen des Tabakarbeiterverbandes. Letzter ist kein Mitglied des Verbandsvorstandes anwesend und können wir daher keine Aufführung erhalten, was dem Vorstand zu seinem Vorgehen veranlaßt. Legien schließt mit dem Ausspruch: Es gehört die volle Ueberzeugung eines Mannes von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation dazu, um alle Angriffe gegen die Gewerkschaftskommission ertragen zu können.

Schlüter-Stuttgart als Korreferent führt aus, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes nicht aus Antipathie (Widerwillen) die Ablegung der General-Kommission verlangt, sondern sie seien der Ansicht, daß die General-Kommission nicht im Stande sei, ihre Aufgaben zu erfüllen. Erst müsse die Organisation innerlich ausgebaut werden und dann soll eine so kostspielige Einrichtung wie die General-Kommission geschaffen werden. Die Agitation für rückständige Gegenden können die Gewerkschaften ohne Centralstelle betreiben. Die Gewerkschafts-Kommission hat auch nicht ihre Aufgabe dahingehend erfüllt, daß sie die Branchenorganisation veranlaßt, sich den Industrie-verbänden anzuschließen. Redner ist für Abschaffung der General-Kommission.

Es ist Schluß der Sitzung eingetreten. Nachdem der Kongress folgende Resolution:

Nachdem der Margarinefabrikant und Landtagsabgeordneter Herr Mohr sein am 25. April in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten Mollenhuth der Kommission gegebenes Ehrenwort, keinerlei Maßregelung vornehmen zu wollen, am 27. April gebrochen hat, indem er 3 Käufern und den 13 ältesten Arbeiterinnen, von denen zwei 16—18 Jahre, die übrigen 5—6 und mehr Jahre bei ihm gearbeitet haben, für immer die Wiedereinstellung in die Arbeit verweigerte, erklärt der heute am 5. Mai in Berlin versammelte Gewerkschaftskongress seine volle Sympathie mit den 280 ausgesperrten Arbeitern und Arbeiterinnen der Mohr'schen Fabrik bezüglich ihres mannhaften und treuen Eintretens für die im Dienst der Fabrikanten ergrauten Arbeiterinnen.

Zu Erwägung, daß die Magazine ausschließlich von Arbeitern konsumiert wird, welche infolge ihrer niedrigen Löhne nicht in der Lage sind, für sich und ihre Familien Butter zu kaufen, erklärt der Kongress den vom Altona-Dittener Gewerkschafts-Komitee über die gegenwärtig von Streikbrechern in der Mohr'schen Fabrik hergestellte Margarine verhängten Boykott als eine berechtigte Abwehr.

Einmütig angenommen, schließt Tilm-Berlin um 7 Uhr die Sitzung.

Berlin, 6. Mai.

## Vormittags-Sitzung.

Tilm-Berlin eröffnet um 8 1/2 Uhr die Sitzung; die Präzisionsliste wird verlesen. Darauf tritt der Kongress in die Generaldebatte über das Fortbestehen oder Aufheben der General-Kommission.

Wagner-Stuttgart wendet sich scharf gegen die General-Kommission und behauptet sie habe nichts geleistet. — Faber-Berlin tritt für den Weiterbestand ein und meint, die einzelnen Gewerkschaften sollten die General-Kommission besser unterstützen, und sie nicht in der Aktion hemmen. — Frick-Dresden erklärt sich prinzipiell für die General-Kommission. — Heine-Hamburg giebt die Schuld an den ungenügenden Arbeiten der General-Kommission dem Halberstädter Kongress (1891) der die Funktionen der General-Kommission zu sehr beschränkte. — Eisinger-Mürnberg, meint die General-Kommission sei zu beengt geworden, sie muß weitere Befugnisse haben. Die jetzige Form der General-Kommission muß geändert werden. Stehr-Berlin verteidigt die General-Kommission und sagt sie habe nach Maßgabe der Verhältnisse geleistet, was zu leisten war.

— Welche Hannover spricht zu Gunsten der General-Kommission, die ihre Aufgabe nach besten Kräften erfüllt. — Altmann-Hamburg spricht für die General-Kommission, Dank a-Magdeburg ebenfalls; ebenso Töbeler-Hamburg. — Lehmann-München sagt: Wir, die Gewerkschaften wollen nicht Hausnechte der politischen Partei sein, sondern selbstständig muß die Gewerkschaftsorganisation vorgehen. Halle-Hamburg wendet sich gegen die General-Kommission. — Massini-Berlin spricht für den Bestand der General-Kommission. Trotzdem die Buchdrucker sich wohl ohne diese helfen können, so sehen wir doch davon ab, die Centralisation der Gewerkschaften zu bekämpfen. — Hue-Essen spricht für den Bestand der General-Kommission da sich die Gewerkschaftsbewegung dem Zuge des Kapitals nach Konzentrationen anzuschließen habe. Besonders die Erfolge der General-Kommission in Ost- und Westpreußen und Oberschlesien sind in Anbetracht der dortigen schwierigen Verhältnisse hoch anzuschlagen. Das Kapital kartelliert, verelugt sich, auch die Arbeiter müssen immer mehr sich zusammenschließen. — Döblin-Berlin meint, die General-Kommission habe nach Maßgabe der ihr übertragenen Funktionen geleistet, was sie konnte. Wir dürfen keine Abschaffung der General-Kommission vornehmen sondern dieselben weiter ausbauen. — v. Elm-Hamburg spricht sich ebenfalls für den Weiterbestand der General-Kommission aus. — Damit ist Schluß der Sitzung eingetreten. Tilm schließt dieselbe.

## Nachmittags-Sitzung.

Tilm eröffnet um 2 Uhr die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Die Debatte über den Bestand der General-Kommission wird fortgesetzt. Wieder sprechen mehrere Redner für, andere gegen dieselbe. Doch ist im ganzen Stimmung für die Weiterexistenz vorhanden. Ein Antrag, wonach nur noch jede Organisation, die bisher in der Debatte nicht zu Wort gekommen, sich durch einen Redner vertreten zu lassen, wird angenommen. Die Debatte nimmt ihren Fortgang und wird um 4 Uhr auf Antrag geschlossen. Legien erhält dann das Schlußwort, in dem er die gegen die General-Kommission erhobenen Vorwürfe zurückweist. Die Schuld an der geringen ungenügenden Arbeit trägt die fibrigen Gewerkschaften, welche sich der General-Kommission feindlich gegenüber gestellt. Wir, die General-Kommission haben alles gethan um den Anforderungen gerecht zu werden. Wir stehen aber allerorts auf Widerstand. Die englischen Gewerkschaften müssen uns in rein gewerkschaftlichen Fragen als Muster dienen. Wir haben es nicht nötig, auf den Parteivorstand Rücksicht zu nehmen, da wir völlig selbstständig vorgehen müssen, allein schon aus rechtlichen Gründen. Wir, die General-Kommission müssen auch auf den Generalversammlungen der einzelnen Berufe vertreten sein, um dort die Bewegung in den betr. Berufen zu kennen. Wollen Sie eine Einrichtung wie die General-Kommission treffen, dann unterstützen Sie dieselbe besser wie bisher, und Sie werden dann den Fortschritt der Gewerkschaftsorganisationen fördern. (Beifall.)

Schlüter-Stuttgart als Korreferent wendet sich gegen Legien und vertritt den Standpunkt „daß eine Notwendigkeit für den Bestand der General-Kommission absolut nicht vorliegt.“ Was hier vorgebracht wurde von Legien ist durchaus nicht geeignet, diese meine Ansicht umzuändern. Wir fordern mindestens eine Reorganisation der General-Kommission und werden diese in der nächsten Specialsitzung bepründen, resp. Änderungen vorschlagen. Im übrigen polemisiert Redner gegen Legiens Ausführungen, soweit sie persönliche Ansichten betreffen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Einmütig wird hierauf der General-Kommission Degarge erteilt. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung über die prinzipielle Frage: Sollen die deutschen Gewerkschaften eine Spitze ähnlich wie General-Kommission behalten, wird von 133 Delegierten mit Ja! von 5 Delegierten mit Nein! gestimmt. Damit ist der Bestand der General-Kommission gesichert.

Hierauf berät der Kongress die von der Redaktionskommission ausgearbeiteten Anträge betr. Organisation der General-Kommission und finden dieselben nach sehr heftiger Debatte in später Stunde Annahme.

Der Gewerkschaftskongress wählt einen aus 5 Mitgliedern bestehenden Gewerkschaftsausschuß, welcher den Namen „General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erhält. Zur Unterstützung desselben werden von den Zentralvorständen der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an den Ausschuß zahlen, und den dazu berechtigten Lokal-Organisationen je ein Vertreter ernannt. Die Zugehörigkeit dieser Vertreter zu den Beratungen des Ausschusses hat nach Bedarf, mindestens aber allvierteljährlich einmal zu erfolgen.

Am Anfang einer Geschäftsperiode des Ausschusses sind in einer gemeinsamen Sitzung eine Geschäftsordnung für den Ausschuß, die Verteilung der Aemter und eventuelle Befolgungen und Remunerationen festzusetzen.

Die Aufgaben des Gewerkschafts-Ausschusses sind:

1. Die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluß der kleinen Verbände und Lokal-Organisationen zu Industrie-Verbänden anzustreben.

2. Die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken, soweit sie allgemeines Interesse haben, zusammenzustellen und solche über Stärke, Leistungen und Entwicklung der Gewerkschaften, sowie solche über sämtliche Streiks selbstständig auszunehmen.

3. Ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Centralvereine in genügender Zahl zur Verfügung an deren Zahlstellen sowie den Gewerkschafts-Komitees und Agitations-Kommissionen zuzusenden, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat. Kurze Publikationen sind der Arbeiterpresse zur Veröffentlichung direkt zuzusenden.

4. Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder.

5. Die allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Kongresse einzuberufen und die hierzu nötigen Vorarbeiten zu erledigen.

Diese Kongresse sind nach Bedürfnis mindestens jedoch alle drei Jahre einzuberufen. Auf Antrag der Hälfte der bei der General-Kommission beteiligten Gewerkschaften ist die General-Kommission verpflichtet einen Kongress einzuberufen.

Zur Teilnahme an diesen Kongressen sind sämtliche Central-Organisationen und solche Lokal-Organisationen berechtigt, welche verbunden sind, sich central zu organisieren. In Zweifelsfällen entscheidet der Gesamtausschuß. Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Die Zahl der Delegierten einer Gewerkschaft darf 10 nicht überschreiten. Kleinere Gewerkschaften

wählen einen Delegierten. Wichtige Anträge entscheidet die Zahl der durch die Delegierten vertretenen Mitglieder. Die General-Kommission kann zu denjenigen Berufs-Kongressen, wo es nötig erscheint, einen Vertreter entsenden.

Jede Gewerkschaft hat vierteljährlich an den Gewerkschafts-Ausschuß einen Beitrag von 3 Pf. pro Kopf ihrer Mitglieder zu zahlen.

Eine Resolution, eingebracht von Hue-Essen und Mülser-Weimar, in der der Kongress die General-Kommission beauftragt, mehr noch wie bisher die Agitation im östlichen Deutschland und Schlesien zu betreiben, und dadurch die Zustände in jenen Gegenden so zu gestalten, daß nicht die Organisationen Westdeutschlands durch den Massenzug der rückständigen Elemente Ostdeutschlands in ihrer Entwicklung gehemmt wird, wird einstimmig angenommen.

Als Mitglieder der General-Kommission wurden gewählt: Legien, Brinmann, Frau Kähler, Böcke und Sabath, als Stellvertreter Thomas, Hoffmeier und Heberle. Zum Sitz der General-Kommission wird Hamburg bestimmt.

Darauf Schluß der Sitzung.

Berlin, 7. Mai.

## Vormittags-Sitzung.

Legien eröffnet 8 Uhr die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Da die gewählte Kommission zur Formulierung der Anträge auf Reorganisation der General-Kommission mit ihren Arbeiten noch nicht fertig war, tritt der Kongress in die Beratung des Antrages der General-Kommission auf Schaffung eines Generalstreikfonds und erhält als Referent hierzu das Wort

v. Elm-Hamburg: Die Kritiken welche an unserem Entwurf geübt wurden, sind sehr oft diktiert von großer Unkenntnis. Man schreibt lange Vektartikel, ohne auch nur einmal den Entwurf zu lesen. Eine Sicherung und Hilfe der im Streik befindlichen Gewerkschaften ist notwendig, da auch die größeren Gewerkschaften an die General-Kommission herantreten sind um Streikunterstützung zu erlangen. Sogar die Buchdrucker waren vor einigen Jahren genötigt, an die Allgemeinheit heranzutreten, um in ihren 1892er Streik Unterstützung zu erlangen. Große Kämpfe erfordern große Opfer und eine einzelne Gewerkschaft kann diese Opfer auf die Dauer bringen. Auch die größte Begeisterung bei einem Streik verflüchtigt bald, wenn die Hungerpeitsche wirkt. Man sagt die General-Kommission habe nur dann eingreifen wollen mit dem Streikfonds, wenn die Klassen der Gewerkschaften erschöpft sind. Die größeren Organisationen hätten keinen Nutzen davon. Selbstverständlich hat die Errichtung der Streikkasse eine Erhöhung der Beiträge zur Folge. Und sollte der Antrag der General-Kommission auch nichts anders nach sich ziehen, als eine Erhöhung der Beiträge, so sind wir schon zufrieden. Die Erhöhung ist absolut notwendig, sollten die Organisationen zu Kampfesorganisationen werden. Ohne Mittel ist kein Kampf zu führen. Die Gewerkschaften müssen sich derart stärken, daß sie den Kampf mit dem Kapital aufnehmen können. (Beifall.)

In der Generaldiskussion spricht Leiphardt-Berlin sich dahingehend aus, daß die Debatte über den Streikfonds nur einen akademischen Charakter trüge. Andere Redner u. a. Bömelburg-Hamburg, Massini-Berlin, sprechen sich im Prinzip für die Schaffung des Streikfonds aus, lehnen aber seine heutige Einrichtung aus praktischen Gründen ab. Nicht ein einziger Redner ist für den Antrag der General-Kommission.

Die Nachmittags-Sitzung leitet Tilm und setzt der Kongress die Debatte des Vormittags fort. Sämtliche Redner sind gegen den Streikfonds bis um 3 Uhr Schluß der Debatte eintritt. v. Elm-Hamburg erhält das Schlußwort um die gegen das Projekt des Streikfonds erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Er behauptet, daß dem Fonds so wenig Sympathie entgegengebracht wurde, hofft aber für die Zukunft das Beste. Man werde auf das Projekt, sollte es heute nicht angenommen, später wieder zurückkommen. — Bei darauf folgenden namentlichen Abstimmung über den § 1 des Antrages der General-Kommission wird derselbe mit 107 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Gründung des Streikfonds überhaupt verworfen. Ein Antrag, der eine Centralisation des Sammelstellenwesens betrifft, wird auch abgelehnt; angenommen wird ein Antrag, wonach sämtliche Sammelstellen für Streiks von den Orts-gewerkschaftskartellen gestempelt werden müssen, um Gültigkeit zu haben.

Berlin, 8. Mai.

## Vormittags-Sitzung.

Der Kongress beschäftigte sich mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung und nahm nach kurzer aber lebhafter Debatte nachstehende Resolution an:

„In der Erwägung, daß die Arbeitslosenunterstützung — abgesehen von deren humanitärem Charakter — die Stabilität des Mitgliederstandes in den einzelnen Organisationen in hohem Maße garantiert und in der weiteren Erwägung, daß durch diese Unterstützung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessernd eingewirkt werden kann, indem das Angebot der arbeitslosen Hände unter den jeweilig geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wenn auch nicht vollständig beseitigt, so doch ganz bedeutend vermindert wird, erkennt der zweite Deutsche Gewerkschaftskongress in diesem Unterstützungszweige einen bedeutenden, ja notwendigen Förderer der gewerkschaftlichen Organisationen an und erklärt ferner, daß hierdurch die Klagengegenstände in der heutigen Gesellschaft nicht vermindert werden.“

Der Kongress empfiehlt deshalb den deutschen Gewerkschaften überall da, wo sich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung keine Schwierigkeiten bieten, eine solche einzuführen.

Sodann berät der Kongress über die Agitation unter den Frauen, zu welchem Punkte Frau Kähler-Hamburg referierte. Nach einer unerheblichen Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens mehr sich unaufhörlich die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft. Diese Erscheinung ist eine Folge der Thatsache, daß die Arbeiterinnen durchgängig billiger arbeiten als die Arbeiter und der kapitalistischen Ausbeutung gar keinen Widerstand entgegenzusetzen.“

Es ist daher für die Arbeiterklasse ein unabwiesbares Gebot der Selbsterhaltung, ein Gebot der Humanität, eine Aenderung dieses schmachvollen Zustandes energisch anzustreben.

Demgemäß verpflichtet der Kongress die General-Kommission und die Gewerkschaftsvorstände, auch in Zukunft die Agitation unter den Arbeiterinnen in jeder Weise zu fördern. Außerdem verpflichten sich die anwesenden Delegierten, für den Anschluß der Arbeiterinnen an die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen Sorge zu tragen, um dadurch die Arbeiterinnen zu thätigkeitsvolle Mitkämpferinnen für die wirtschaftliche und geistige Erhebung der Arbeiterklasse zu erziehen. Hierauf Schluß der Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung referiert v. Elm über die Frage der Arbeitsvermittlung. Redner wirft einen historischen Rück-



blitz auf die Geschichte der Pariser Arbeiterbewegung (bourse de travail) deren Organisation und Bedeutung für die gewerkschaftliche Bewegung Frankreichs. In Deutschland besteht auch schon eine große Anzahl Anstalten zur Vermittlung von Arbeit. Die von Unternehmern eingerichteten zeichnen sich durch schwarze Listen aus, die Privat-Anstalten sind reine Wucheranstalten. Auch die Arbeiter haben sich auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung versucht, doch in Folge ihrer mangelnden Mittel keine großen Erfolge erzielen können. Auch die kommunalen Arbeitsnachweise sind für die Arbeiter nicht von großer Bedeutung, können sie nicht befriedigen, da die arbeitende Klasse auf ihre Organisation gar nicht oder wenig Einfluß haben; ebenso fehlt in dem Statut der kommunalen Ämter die Streik Klausel. (Wenn ein Streik ausbricht, dann hat das Amt für den betr. Beruf seine Thätigkeit einzustellen.) Es sind auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung Bestrebungen bemerkbar, welche darauf hinausgehen, die Arbeitsämter zu zentralisieren und sie in eine Hand des Unternehmers gegen den Arbeiter umzuwandeln. Redner ist gegen die Errichtung von kommunalen Arbeitsämtern, wie sie heute vor sich geht. Wir müssen unter allen Umständen darauf bringen, daß der Staat den anderen Ständen hilfsreich zur Seite steht, den Arbeiterstand Räume zur Verfügung stellt, Beamten, von der Arbeiterschaft gewählt, besoldet, denen die Vermittlung von Arbeit obliegt. Die Arbeitsvermittlungsinstitute müssen den Gewerkschaften und nur diesen gehören! (Beifall.)

In der darauf folgenden Debatte sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Hoffmeister-Hamburg, Vertreter der organisierten Arbeiter, theilt in der Debatte schmerzliche Zustände aus der Vermittlungspraxis der Arbeitsnachweise für Gastwirtschaftsgehilfen mit, welche mehrmals die Entrüstung des Kongresses hervorgerufen. Redner bittet die Praxis dieser Vermittler als Wucher zu bezeichnen und ein gesetzliches Verbot dagegen anzuführen. Eine von Elm gestellte Resolution, die sich für Errichtung von Arbeitsämtern durch die Arbeiter mit Staats-hilfe erklärt, wird angenommen. Ein Antrag Hoffmeister dahin zu wirken, die Stellungsvermittlung im Gastwirtschaftsgewerbe gesetzlich als Wucher zu bezeichnen, wird angenommen.

Darauf erhält Zimmer-Herlin das Wort um eine Resolution zu begründen, in der die schlechten Zustände in der Hausindustrie scharf kritisiert und die Gewerkschaften sich verpflichten den Kämpfen der Hausindustriearbeiter speziell der Konfektionsarbeiter ihre volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Nach kurzer Debatte, in der sich alle Redner im Sinne Zimmer's aussprechen, wird die Resolution einstimmig angenommen.

Angenommen wird der Antrag, vom 1. Juli 1896 die Quartalsbeiträge zu zahlen.

Beeschlossen wurde ferner: die Gewerkschaften haben in Zukunft ihre Beiträge zu erhöhen, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Wenig wichtige Anträge werden der General-Kommission zur Berücksichtigung überwiesen. Andere Anträge werden durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Mit einem kurzen Schlußwort Veglenz beendet der Kongress seine Tagung.

### Nachrichten aus der Montan-Industrie.

**Westfälisches Kohlsyndikat.** Die Verwaltung hat den Mitgliedern die Mitteilung gemacht, daß für den Monat Mai mit einer Produktionsbeschränkung von 9 pCt. gerechnet werden muß. Der Eingang weiterer Exportaufträge, der anhaltend gute Gang der Eisenindustrie und unerwartete Ausfälle auf fünf großen Theerokerelen sowie Störung auf mehreren anderen Kokerelen haben die Veranlassung zu der ungewöhnlich niedrigen Einschränkung gegeben. Unter der Voraussetzung, daß die Lage des Eisenmarktes bis Ende des Jahres gleich günstig bleibt, wird für den Monat Juni eine Einschränkung von ca. 10 pCt. und für das 1. Semester d. J. eine solche von 15 pCt. wahrscheinlich gemacht.

**Förderung der staatlichen Saargruben.** Die staatlichen Saargruben haben der Rhein-Westf. Zeitung zufolge im Monat April in 24 Arbeitstagen 592970 t gefördert und 589825 t abgesetzt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurde in derselben Zahl von Arbeitstagen 517435 t gefördert und 553380 t abgesetzt. Zur Abfuhr mittelst der Eisenbahn gelangten 385140 t, mittelst Schiffen wurden 52530 t abgeführt. Die bei den Gruben gelegenen Kokerelen erhielten 78105 t, mittelst Sandfuhrten wurden 27910 t abgesetzt.

**Donnersmarkthütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerk.** Nach dem Geschäftsbericht für 1895 beträgt der Nettogewinn 929711 Mark, von welchem 45918 Mark dem Reservefonds überwiesen, 44868 Mark als Tankonten vertheilt und 21000 Mark als Beitrag zu der Arbeiter- und Beamten-Unterstützungskasse verwendet werden. Der Rest gelangt als 8 pCt [6 pCt.] Dividende zur Verteilung. In dem Bericht wird mitgeteilt, daß das erste Quartal des laufenden Jahres wiederum günstige Resultate aufweist und auch für dieses Jahr den Aktionären eine zufriedenstellende Rente in Aussicht gestellt werden kann.

**Die Kohलगewinnung der vereinigten Staaten** hat seit der letzten im Jahre 1890 vorgenommenen statistischen Aufnahme um 7500000 t zugenommen, während der Werth der geförderten Kohlen um 1700000 Doll. abnahm. Andererseits iteg die Zahl der Kohलगrubenarbeiter von 192000 auf 244000. Eine auffallende Thatsache ist, daß von der gemeinten Kohलगförderung von 7500000 t allein 5000000 t auf die Kohलगregionen von Westgintien entfielen, wo die Lohnsätze am niedrigsten sind.

### Internationale Arbeiterbewegung.

**Deutschland.** In Berlin traten noch die Parlettbodenleger in den Streik. Wegen der Maßfeler wurden in 18 Werkstätten 389 Former und Gießer am 2. Mai mit dem Bemerkten entlassen, daß sie am 5. Mai die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Die Ausgesperrten beschloßen dagegen, erst am 6. Mai dies zu thun, doch auch erst dann, wenn ihnen für die erzwungene Arbeitsruhe der volle Arbeitslohn gezahlt würde. Aus gleichem Anlasse wurden ferner in Leipzig sieben Hutmacher, in Dresden sechzehn Glasbleisler und in Waupen elf Metallarbeiter ausgesperrt. Die Ausgesperrten der Porzellan- und Steinindustrie wurden dagegen nach längerem Verhandeln wieder eingestellt. Das Verhalten eines Hutfabrikanten, in Brandenburg zeigt wieder einmal, wie die Unternehmer die mit ihren Arbeitern getroffenen Abmachungen respektieren. Bei Vermeidung eines vor einiger Zeit in seiner Fabrik ausgebrochenen Streiks versprach der gedachte Fabrikant, seinen der Beteiligten zu entlassen, sondern Heber bei schwachem Geschäftsgange die Arbeitszeit zu verkürzen. Jetzt kündigte er verschiedene seiner Arbeiter und suchte an deren Stelle unorganisierte. Eine allgemeine Arbeitseinstellung beantwortete seine Vorbrückigkeit. Die Arbeiter traten nach in Breslau (1600 Mann), zehnstündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Stundenlohn, in Gera (300 Mann), die gleiche Arbeitszeit und 32 Pfg. fordernd, sowie in Leipzig in den Streik. Die Zahl der Ausständigen in Mühlhausen i. G. hat sich nahezu auf 300 gesteigert. In Erfurt endete der Maurerstreik durch befriedigende

den Vergleich. In Hannover wurde er für beendet erklärt und über die Bauverträge, wo nicht bewilligt ist, die Sperre verhängt; 100 Mann waren noch ausständig. In Lübeck legten wegen Entlassung eines Vertrauensmannes ihrer Organisations ständige Mitglieder einer Fabrik die Arbeit nieder. Desgleichen ganz plötzlich und unerwartet die Schiffsarbeiter Steitnis zur Erreichung eines höheren Lohnes. In Fürth streikten 30 Arbeiter einer Chortextfabrik sowie eine Anzahl Aluminiumschmelzer, in München 400 Arbeiter und Arbeiterinnen einer Wollensfabrik, in Stuttgart 51 Arbeiter einer Werkzeugfabrik, Lohnverhöhung und zum Theil Arbeitszeitverkürzung fordernd. Die Weber in Reichensbach in Schlesien nahmen nach erfolgreichem Vermittlungsversuche des Gewerbeinspektors, wobei den Ausständigen eine Lohnverhöhung zugestanden wurde, die Arbeit wieder auf, 500 dagegen traten kurz darauf abermals in den Ausstand.

**Oesterreich.** Die Maßfeler der Bergarbeiter von Mährisch-Osttau zu verhindern, waren die Unternehmer nicht eifriger bemüht als die Behörden. Am 28. April plakatirten der Leiter des Polizeikommissariats, Wohnout, und der Oberbergkommissär Nittel folgende Kundmachung:

**Kundmachung.** Es ist zur Kenntniß der k. k. Behörden gelangt, daß für die Feler des 1. Mai unter der Bergarbeiter-schaft in der Richtung agitiert wird, daß die Bergarbeiterschaft an diesem Tage ruhen soll. In Folge dessen sehen sich die gefertigten k. k. Behörden veranlaßt, die Bergarbeiterschaft darauf aufmerksam zu machen, daß gemäß § 17 der bergbehördlich genehmigten Dienstordnung für das Arbeiterpersonal im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier jeder Arbeiter verpflichtet ist, seine zugewiesenen Schichten vollständig zu verfahren, und daß das Schichtenselern ohne vorher erhaltene Erlaubniß überhaupt, somit auch am 1. Mai, eine nach dem § 30, 4 der Dienstordnung zu ahnende Uebertretung begründet. Mährisch-Osttau, am 28. April 1896. k. k. Polizeikommissariat: Wohnout m. p. k. k. Feuerbergamt: Dr. E. Nittel m. p.

Dieser Kundmachung gegenüber sei noch einmal festgesetzt, daß es dem Polizeikommissär ebensowenig wie den Oberbergkommissär anging, ob die Bergarbeiter die Dienst-Ordnung »brechen« wollten oder nicht, da der Arbeitsvertrag eine rein persönliche Angelegenheit zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ist, der nur dann das Eingreifen der Behörden möglich macht, wenn die Unternehmer gegen ihre Arbeiter den Straf-antrag wegen erfolgten Kontraktbruchs erstattet haben. Noch deutlicher wird jeder Mangel an Befugniß der Behörden zu dieser Kundmachung, wenn man den § 30, Absatz 4 der Dienstordnung kennen lernt, den die behördliche Kundmachung den Arbeitern als Schreckgespenst zittert. Der § 30, Absatz 4 besagt nämlich, daß das willkürliche Schichtenselern das erstemal mit einem Verweis unter Hinweisung auf das Strafnormale bestraft werde, in Wiederholungsfällen mit einer halben Schicht für jede geleistete Arbeitsschicht, und erst dann mit Entlassung, wenn ein Arbeiter im Laufe eines Monats sechs Arbeitsschichten hinter einander eigenmächtig geleistet habe. Daraus geht klar hervor, daß die Bergarbeiter, die den 1. Mai feierten, höchstens mit einem Verweis bestraft werden konnten. Diese Strafe zu verhängen, lag noch dazu ausschließlich im Belieben der Verwaltungsstellen, und die Behörden hatten sich darum nicht zu kümmern, umsoweniger als sie nach diesem von ihnen zitierten Paragraph nicht einmal nach erfolgtem »Kontraktbruch« in die Lage gekommen wären, amtszuhandeln. So stellt sich die Kundmachung als ein Verjud der amtlichen Einschüchterung der Arbeiter dar, für die sich auch nicht die geringste gesetzliche Unterlage finden läßt.

— **Wie die Direktoren ihr Wort halten!** In dem Vertrage vom 21. März d. J., mit dem der Bergarbeiterstreik abgeschlossen wurde, heißt es ganz ausdrücklich, daß jeder Arbeiter das Recht hat, am Schlusse jedes Monats eine festbestimmte Abschlagssumme zu bekommen. Solche Abschlagszahlungen wurden auch thatsächlich auf allen Werken am 30. April ausgezahlt. Nur beide Direktoren der gräflich Sachsisch-Mährischen Werke — die in Karwin und die in Peterswald — fanden es für gut, ihr Wort wieder einmal nicht zu halten, wieder einmal eine Schlichtigkeit zu begehren und die Arbeiter-schaft ganz zwecklos wieder einmal aufzureizen. Die Sache kam auch schon bei einer Versammlung in Polnisch-Leutha zur Sprache und rief stürmische Entrüstungsrufe hervor. Wir sind sehr neugierig, ob der Bezirkshauptmann von Teschen, Herr Dombrowski, und der Oberbergkommissar Herr Dr. Nittel ihre Amtswürde — sie sind ja hier als Amtspersonen engagiert — und ihren Einfluß wahren wollen oder nicht!

Beim Grafen Wlaczek in Michalkowitz wurde der Abschlag in der vereinbarten Höhe erst am 2. Mai ausgezahlt. In den Nordbahnwerken in Michalkowitz wurden sie ebenfalls erst am 2. Mai ausgezahlt, aber in einer Weise, die einen trassen Wortbruch bedeutet. Kein Häuer hat 12 Gulden bekommen, sondern 7, 8 und 9 Gulden, die Füller je 2, 3 und 5 Gulden, die Schlepper und Arbeiterinnen je 1, 2, 3 und 4 Gulden. Wenn der Bergmann, anstatt selbst zum kommen, seine Frau oder den Sohn um den Vorstoß schickte, so wurden sie einfach abgewiesen, obwohl das sonst bei der Lohnauszahlung zugelassen wurde.

**Russland.** In einer einer Aktien-Gesellschaft gehörigen Grube in Nlemce ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Bergarbeiter verjurten die Grube durch Abstellung der Wasserhaltungsmaschine zu ersäufen und drangen auf den Stelger ein, welcher das verhinderte und zwei Angreifer erschoss. Die hierdurch wühend gemachte Menge erschlug darauf den Stelger mit Keilhauen.

**Frankreich.** Die Kommission für Bergwerksstatistik veröffentlicht ihren Bericht für das Jahr 1894. Nach diesem Bericht beläuft sich die Zahl der im Bergwerksbetriebe beschäftigten Arbeiter im Jahre 1894 auf 146900, von denen 134550 unter Tage arbeiten. Frauen sind etwa 4000 und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 9200 beschäftigt. Von letzteren arbeiten indessen nur die Hälfte in den Stollen, die übrigen, wie auch die weiblichen Arbeiter arbeiten über Tage. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter, sowie der Frauen hat sich infolge des Gesetzes vom 2. November 1892 etwas vermindert. Der durchschnittliche Lohn der Vergleute, Frauen und jugendlichen Arbeiter eingerechnet, betrug 1181 Francs pro Jahr, was einen durchschnittlichen Tageslohn von 4,14 Franc ergibt.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der internationale Bergarbeiterkongress findet nunmehr ganz bestimmt in Aachen statt. Das Lokal ist fest gemiethet und ist das Gasthaus »Zum goldenen Thor«. Von zwei Bahnhöfen (Nebel- und Raschirhor) ist das Lokal in 10 Minuten zu erreichen. Der Kongress beginnt am 25. Mai (2. Pfingsttag) Morgens 9 Uhr, und ist pünktliches Erscheinen der Delegirten erforderlich. Um eine vorherige Aussprache und Verständigung der

deutschen Delegirten herbeizuführen, findet am Sonntag, den 17. Mai, Morgens 10 Uhr, eine Vorbesprechung der Delegirten auf dem Verbandsbureau, Bochum, Johannerstraße 22 statt, wozu wir alle schon gewählten Kameraden einladen. Wir erwarten, daß alle Kameraden sich pünktlich einfinden.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß unsere Generalversammlung voraussichtlich Mitte Juli schon stattfindet. In der vorliegenden Nr. der Verbandszeitung theilen wir eine Eintheilung der Bezirke für die Wahlen zur Generalversammlung mit; ebenso die Art und Weise des Wahlverfahrens.

Unser II. Vorsitzender H. Hünninghaus wird sich längere Zeit in unserem Auftrage in den Bezirken Mühlheim a. b. Ruhr und Oberhausen aufhalten.

Briefe an Hünninghaus sind nicht nach Landkron, sondern an denselben (Verbandsbureau) in Bochum, Johannerstraße 22, Privatbriefe sind mit der Aufschrift »Privat« zu versehen.

Wie bereits mitgeteilt, beabsichtigen wir ein Protokoll über die Verhandlungen des diesjährigen internationalen Bergarbeiter-Congresses herauszugeben. Um nun die ungefähre Höhe der Auflage festsetzen zu können, werden die Vertrauensleute und Zeitungsboten ersucht, schon jetzt für die Verbreitung zu agitieren und uns die gewünschte Anzahl von Exemplaren bis zum 10. Juni mitzutheilen. Der Preis wird 15 bis 20 Pfg. betragen. Der Vorstand. J. A.: H. Hünninghaus.

### Wahlbezirkseintheilung für die diesjährige General-Versammlung.

Nachstehend theilen wir die vom Vorstand vorgenommene Eintheilung der Bezirke behufs Vornahme der General-Versammlungs-Delegirtenwahl mit. Die Abgrenzung ist derart vorgenommen, daß auf 150—200 Mitglieder ein Delegirter kommt; Bezirke mit über 200 Mitgliedern entsenden zwei Delegirte. Die Zahl der Delegirten für die einzelnen Bezirke fügen wir in Klammern bei.

1. Meiderich, Altfraden, Homberg, Stryum, Oberhausen (2)
2. Fulda, Mühlheim, Haarzwald, Bocholt, Vorbeck (1)
3. Essen, Altenessen, Werden, Steele, Ueberruhr, Frelsenbruch, Pray (2)
4. Linden, Silepel, Ntholz, Hohwege (1)
5. Dahlhausen, Eppendorf, Witz-Baak (1)
6. Bochum, Goffede, Nlemce, Hamme (2)
7. Laer, Altenbochum, Luerenburg, Bärenborn (1)
8. Wattencheid, Westensfeld, Ginnigfeld (1)
9. Rothhausen, Gelsenkirchen, Ueckendorf, Braubauer-schaft, Schonnebeck (1)
10. Harpen, Gerthe (1)
11. Langendreer, Kallenhardt, Schüttelfe, Stockum (2)
12. Cidtel, Herne, Bickern (1)
13. Gving, Lindenhorst, Wengede (1)
14. Schildinghofen (1)
15. Parop, Hombruch (1)
16. Hattingen, Uebensfeld, Oberholthausen, Niederbonsfeld, Nieder-Süster, Sprachhöbel (1)
17. Witten, Annen, Müdinghausen, Ende, Schner, Schanze (1)
18. Hornholt-Durckholz, Bommern, Westherbede, Heben, Hammerthal (2)
19. Gradzel, Holzwickede, Hörbe (1)
20. Hengsen, Uchtendorf, Sölderholz, Wilmersich (1)
21. Lütgendortmund, Neu-Orengeldanz (1)
22. Dellwig-Solte (1)
23. Marten, Despel (1)
24. Südkleberg, Kirchhörde, Schwerterhalbe (1)
25. Bruch, Necklinghausen, Hertzen (2)
26. Dortmund, Dorstfeld, Hückarde [1]

Die Wahlen müssen folgenhermaßen vorgenommen werden: Der in den einzelnen Wahlbezirksgrenzen fett gedruckte, erstgenannte Ort ist als Vorort ernannt. Bei der Bestimmung dieser Orte war maßgebend, erstens, ob die dortige Verwaltungsstelle ein Versammlungslokal besitzt und zweitens wurde berücksichtigt die Anzahl der organisierten Kameraden an den betr. Ort und die geographische Lage desselben.

Der betr. Vorort wählt aus der Mitte seiner Verbands-Kameraden einen Wahlausschuß, der die Wahlen des Bezirks leitet. Die Wahl ist durch Stimmzettel vorzunehmen; nach vollzogener Wahl sind die Resultate den betr. Mitgliedern (in derselben Versammlung in der die Stimmzettel ausgefüllt sind) mitzutheilen und dann das Ergebnis an den Wahlausschuß des Bezirks zu senden. Dieser Ausschuß hat dann das Gesamtergebnat seines Bezirks fest zu stellen und ist derjenige Kamerad als Delegirter zu betrachten, welcher die absolute Majorität (mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen) auf sich vereinigte. Sind mehr wie zwei Kameraden aufgestellt in einem Bezirk, so findet Stichwahl statt zwischen den Kandidaten, die die beiden höchsten Stimmenzahl erhielten.

Wo zwei Delegirte gewählt werden, (siehe obige Eintheilung) da sind diejenigen beiden Kandidaten als gewählt zu betrachten, die die beiden höchsten Zahlen der abgegebenen Stimmen für sich haben.

Nach vollzogener Wahl hat der Wahlausschuß jeder Zahlstelle seines Bezirks und dem Verbandsvorstand das genaue Ergebnis der Wahlhandlungen anzugeben. Der Vorstand versendet dann Mandatsformulare, die laut Angabe der betr. Rubriken auszufüllen sind. Nur Delegirte mit vollständig ausgefüllten Mandaten können als stimmberechtigt gelten!

Um unnötiger Stimmzettelzerstörung vorzubeugen, empfiehlt es sich, daß die Vertrauensleute der einzelnen Bezirke vor der Wahl in privater Besprechung zusammentreten und hier sich über die den Kameraden ihrer Zahlstellen vorzuschlagenden Kandidaten einigen. Unter keinen Umständen dürfen in dieser Besprechung aber schon definitive Wahlen stattfinden. Ebenso ist es unzulässig, die Delegirtenwahlen zur Generalversammlung in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. Nur Verbands-Kameraden sind zur Wahl berechtigt.

Die Wahlergebnate müssen bis zum 1. Juli ds. Js. alle vorliegen, damit wir den Delegirten die informirenden Druck-sachen ic. zusenden können. Also frisch ans Werk!

Für die schlechten und braunschweigischen Kameraden gelten diese Bestimmungen nicht. Für diese trifft der Vorstand spezielle Anordnungen.

Mit Glück-Auf!  
Der Vorstand:  
J. A.: H. Hünninghaus,  
II. Vorsitzender.



# Aus dem Kreise der Kameraden.

## Kameraden.

**Wochum.** Wie uns unser Redakteur Hue z. B. in Ober-Sachsen wellend, mitteilt, ist auch die zweite gegen ihn erhobene Anklage wegen »Auslieferung zu Gewaltthätigkeiten« zurückgewiesen worden. »Aufgehoben« soll Hue haben in dem Artikel »Christliche Bergarbeiter im Sozialdem. alten Verband« Nr. 10 der »Bergarbeiterzeitung.« Wir wiesen schon damals darauf hin, daß eine Aufrechterhaltung dieser Anklage unter allen Umständen nicht möglich sei. Unsere Ansicht war die richtige, wie die Zurückweisung der Anklage beweist. Rudolf Quandel war natürlich schon hoch erfreut, daß man uns »endlich« einmal das Handwerk legen wolle. Für Rudolf stand anser Vergehen ohne weiteres fest. Wie man sieht, hat sich unser Freund zu sehr geirrt. Diese Fatalität wird er noch sehr oft erleben.

Wir erhalten folgende hochinteressante Zuschrift:

Am 23. v. Mts. hatte ich am hiesigen Amtsgericht in einer Zivilprozesssache meinen Chef zu vertreten. Die Verhandlungen in solchen Sachen sind öffentliche und war ich darum u. A. Zuhörer von nachstehendem Fall:

Ein Arbeiter von Zeche »Hantbal« war gegen den Direktor der Zeche klagbar geworden, klagte auf Entschädigung, weil er angeblich eine schlechte Abkehr erhalten hatte. Der Obersteiger Berhoen von Zeche »Präsident« war als Gutachter geladen, derselbe sagte wie folgt aus: »Gefährlich ist es nicht zulässig, daß wir Fleiß und Führung auf einen Abkehrer übertragen; wir haben jedoch auf unsere Formulare noch eine Rubrik für Fleiß und Führung vorgesehen, welche wir, wenn der Mann sich gut geführt, ausfüllen. Sind wir mit dem Mann nicht zufrieden, dann bemerken wir von Fleiß und Führung nichts; besteht der Abkehrer jedoch auf einen Vermerk über Fleiß und Führung, so bekommt er eine besondere Abkehr auf einen Bogen Papier (!!) Auf Befragen des Richters und des Klägers (resp. dessen Vertreter) erklärte der Obersteiger noch, daß wenn ein Abkehrer mit einer Abkehr kommt, wo die Rubrik über Fleiß und Führung offen steht, jede Zeche annimmt, daß der Mann nicht taugt.«

Hier ist jeder Kommentar überflüssig. An Gerichtsstelle wird ethisch ausgefagt, daß im Ruhrgebiet allen misliebigen Bergleuten ein Urarbeitslos sein ihrer Entlassung auf den Weg gegeben wird. Ist das ein Vergehen gegen den § 153 der Reichsgewerbeordnung? Es soll uns wundern, was unser öffentlicher Ankläger im Gerichtsbezirk Wochum zu unserer Mitteilung sagt.

Eine öffentliche Bergarbeiterversammlung tagte am Sonntag, 10. Mai, im Lokal der Wwe. Fischer hier. Kamerad Spätkel-Rotthausen referierte über den internationalen Kongreß und erledigte sich seiner Sache in vortrefflicher Weise. Als Kandidat wurde Knappschütz-Hamme gewählt.

Am Montag, den 11. d. Mts. wurde den Rettungsmannschaften, die sich anlässlich des Grubenunglücks der Zeche »Prinz von Preußen« hervorragend betheiligten, durch Herrn Berghauptmann Täglichbeck eine dekorative bez. öffentliche Verlobung zu Theil. Die Fete fand auf der Grube statt. Herr Täglichbeck hielt eine längere Ansprache in der er das Solidaritätsgefühl der Bergleute bei eingetretenen Unglücksfällen lobte. Würden doch die Knappen nun halb erkennen lernen, daß dieses Solidaritätsgefühl auch in den Zeiten, wo sie noch kameradschaftlich miteinander arbeiten, für sie von großer Wichtigkeit ist. Würden sie sich nicht im starken Verstande basteien, so hätten sie die Macht, Wassenunglücke verhüten zu helfen, indem die Forderungen des Bergarbeiterschutzes dann mit kindlicher Leichtgläubigkeit zu erlangen wären.

Unser im Essener Meindelsprozess verurtheilte Kamerad Johann Meyer ist im Buchthause zu Hamm an einer Lungenerkrankung nicht unbedeutlich erkrankt.

**Wattenscheid.** Der vom Nachtwächter Rüter-Vorhans auf Zeche »Fröhliche Morgenjonne« erschossene Bergmann Eblechen hat seine Abkehr erhalten und soll in der Nacht noch einmal auf den Bechenplatz gekommen sein. Als ihm der Nachtwächter fortweilen wollte, soll er gegen diesen thätlich geworden sein. Darauf hat der Nachtwächter zum Revolver gegriffen. Der Tod ist sofort eingetreten. Der Nachtwächter wurde verhaftet, aber wieder entlassen. Das Gericht hat anscheinend Rechtsweg angenommen, zumal der Nachtwächter Wismunden am Falle aufgewiesen haben soll. Die Untersuchung wird hoffentlich ergeben, wie es gekommen, daß der Bergmann sein Leben verlieren mußte.

**Günzigfeld.** Die in Günzigfeld verbreitete »Gelsenkirchener Zeitung« fordert die christlichen Bergarbeiter auf, gegen die Vertreter der Bergarbeiter auf dem internationalen Kongreß Protest zu erheben, da dieselben nur von einem Duzend Sozialdemokraten gewählt worden sind. So das christliche Blatt. Der Einlander dieses hat einer Versammlung in Wattenscheid beigewohnt, wo der Delegirte für Wattenscheid, Günzigfeld und Westensfeld gewählt wurde. Es waren 105 Personen anwesend und diese 105 will ein solches Lügenblatt wie die Gelsenkirchener Zeitung als Atheisten, Gottestegner uhm. bezeichnen? Denn so bezieht sie die Sozialdemokraten. Das Christenthum besteht nicht in frommen Augenverdrehen und Verleumdungen, auch nicht in

Lügen, denn wer leicheres thut, der soll auch sterben. Und wer einem die Ehre abspiegt, ist der größte Schwache, denn: Ehre verloren, alles verloren.

**Linden (Ruhr).** Am vorvorigen Sonntag machten die Kameraden von hier und Umgegend ihren diesjährigen Mai-ausflug. Nach einer längeren Wanderung durchs Ruhrthal, wurde das auf einem Höhenzuge herrlich gelegene Lokal des Wirths Albert zu Donsfeld, als dauernder Aufenthalt gewählt. Nachdem sich die Ausflügler (es waren über 200 Personen, darunter viele Frauen und Jungfrauen) an Speise und Trank erquickt, herrschte bald allgemeine Fröhlichkeit unter den Anwesenden. Vellamationen erstien und besselern Inhalts, darunter einige sehr schöne Vorträge wurden vorgetragen und fanden reichen Beifall. Auch die holde Sangekunst war durch Kameraden von Holtshausen vertreten und bewies der stürmische Applaus am besten, wie sehr ihre Veder ansprachen. Die Stunden schwanen im Fluge und bedauerten es alle, als der Abend zum Ausbruch mahnte. Unter dem Schutze der heiligen Germanad (zwei reitenden Gendarmen) wurde sodann gegen 8 Uhr der Heimweg angetreten. Beim Ueberfahren der Ruhr zu Dahlhausen war das große Johrbrot rock dicht gedrängt voll Heimkehrender. Mächtig klang Jakob Audorsz herrliches Freiheitlied in die stille Abendluft hinaus — einen würdigen Abschluss des Tages bildend. Gewiß wird den Theilnehmern am Ausfluge derselbe noch lange in guter Erinnerung bleiben und möge dies unser Wunsch, der Matganz im nächsten Jahre noch viel mehr Theilnahme, besonders der holden Weiblichkeit, finden. Es lebe der 1. Mai! (Wegen Raummangel aus vor. Nr. zurückgestellt. D. R.)

**Linden (Ruhr).** Die hier am vor. Sonntag im Wolschen Lokale tagende Bergarbeiterversammlung war nur mäßig besucht. Aeltester Helbrint-Fulerum sprach in längerer trefflicher Rede über den 1. Punkt der Tagesordnung: »Das neue Knappschützstatut und die Forderungen der Mitglieder.« Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall und erklärte sich die Versammlung damit voll und ganz einverstanden. Auch der zur Berichterstattung anwesende Aelteste des Lindener Sprengels Herr Gust. Köhling pflichtete den Ausführungen seines Kollegen vollständig bei. An der nachfolgenden Diskussion theilnahmen sich hauptsächlich die Kameraden Schwindt-Linden und Kuhlmann-Dahlhausen. Als Delegirte für die Knappschütz-Commission wurden gewählt: Aug. Krampe-Linden, Heinz. Klobt und Heinz. Kämpchen-Linden. Beim 2. Punkt der Tagesordnung: »Berichtedenes«, skizzirte Kamerad Schwindt in kurzen Zügen die Wichtigkeit der internationalen Arbeiterkongresse. Kamerad Heinz. Kämpchen-Linden wurde darauf als Vertreter des hiesigen Bezirks zum internationalen Bergarbeiterkongreß zu Nachen gewählt.

**Redlinghausen.** Die hier auf Sonntag, den 3. Mai, einberufene Bergarbeiterversammlung wurde im letzten Augenblick hintertrieben. Derselbe konnte nicht stattfinden, indem die Wirthin den Saal verweigerte, ohne Angabe irgend eines Grundes. In einer abgehaltenen Besprechung wurde Jos. Schröder-Steels als Delegirter zum intern. Kongreß ernannt.

**Syrum.** In einer am verfloffenen Sonntag stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung wurde Kamerad Michael Schütz als Delegirter zum internationalen Bergarbeiter-Kongreß gewählt. Vertreter waren die Orte Oberhausen, Syrum, Altstaden und Weidewich.

**Dortmund.** Im Oberbergamtsbezirk Dortmund gab es Dezember 1893 unter 158368 im Bergbau thätigen Personen 23410 = 14,68 pCt. Arbeiter nichtdeutscher Zunge. 23 fremde Sprachen, sogar türkisch, waren vertreten. Die meisten fremden Arbeiter waren Polen (11,33 pCt.) Die Zahl der einheimischen Bergleute, d. h. die Nachkommen eingewandener Bergleute, nimmt fortgesetzt ab. Durch die Einwanderung aus dem Osten erklärt es sich, daß die Zahl der Analphabeten unter den Bergleuten die hohe Ziffer von 2 1/2 pCt. aufwies.

**Vornholz-Durchholz.** In einer hier stattgefundenen Bergarbeiter-Versammlung wurde der Zeitungsbote Haiselhorst als Delegirter zum intern. Bergarbeiter-Kongreß gewählt.

**Lichtendorf, 3. Mai.** In der heute stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung wurde beschlossen, abzuwarten, welche Beschlüsse zum intern. Bergarbeiter-Kongreß, der zu Wittingen in Nachen stattfinden soll, in der heute in Bradel stattfindenden Bergarbeiter-Versammlung gefaßt werden. Bradel wählte als Delegirten Wth. Weinert.

**Eving.** Im »Lilke« in Dortmund fand für Eving, Lindenhorst, Brechten und Umgegend eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt, welche sich nach dem Referat des Kameraden Bunte für Bescheidung des intern. Kongresses erklärte und Bunte als Delegirten wählte.

### Ober- und Niederschlesien.

**Ober-Waldenburg.** Am Sonntag, den 26. v. M., hielt der hiesige Knappenverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Derselbe war äußerst zahlreich besucht. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden mit einem herzlichem »Gut auf«. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde in einer Besprechung über die am 16. Mai

stattfindenden Hauerbälle eingetreten. Sämmtliche Redner waren der Ansicht, daß die Bälle nur den Zweck hätten, den Arbeitern ein Sonntagsbröckchen zu geben. Namentlich wurde von einem Redner hervorgehoben, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach, wieder die zwölfstündige Schicht einführen will. Jeder Arbeiter solle sich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Die Organisation streben danach, für die Bergarbeiter den Achtstundentag einzuführen und würde nun auch nur vorübergehend die zwölfstündige Schicht eingeführt, so würden die Bergleute mit der 8 Stunden-Schicht auf lange Zeit zurück geworfen. Aeltester Beifall folgte diesen Ausführungen. Sodann wurde die Vertreibung der zwangsweisen Grabebegleitungsantrages auf der Hermsdorfer Grube einer scharfen Kritik unterzogen. Ein Mit-glied machte Mitteilung davon, daß der Gewerksverein (Hirsch-Duncker'scher Richtung) beabsichtige, einen Bergarbeiter-Verein zu gründen. Der Redner warnte davor, diesem Verein beizutreten, und kritisirte die verschiedenen Klassen des Gewerksvereins, der zwar den Mitgliedern viel verspreche aber wenig halte. Hierauf wurde vom Vorsitzenden ein Schreiben eines Gastwirths vorgelesen, in welchem derselbe den Verein einladet, bei einem etwaigen Vereinspatzergang ihn zu besuchen. Dieses Schreiben wurde zur Diskussion gestellt und beschlossen, von diesem An-erbieten keinen Gebrauch zu machen, sondern nur solche Gast-wirthse zu berücksichtigen, welche den Arbeitern auch ihre Lokalitäten zu Versammlungen zur Verfügung stellen. Der Vorsitzende macht sodann bekannt, daß der Knappschützstatut in diesem Sprengel in nächster Zeit eine Versammlung über Knappschütz-angelegenheiten abhalten würde. Nachdem noch ein Artikel aus der Bergarbeiter-Versammlung vorgelesen wurde, schloß der Vor-sitzende die Versammlung in der üblichen Weise.

### Quittung.

Ueberschlüsse aus den öffentlichen Bergarbeiter-Versammlungen. Vornholz, 11.40. Linden 2,—. Brangenberg.

### Bitterartliches.

Bei der Redaktion eingegangene Bücher und Zeitschriften. Die hier angeführten Bücher und Zeitschriften können sämtlich durch unsern Verlag bezogen werden. Die Neue Zeit. Nr. 30. (Stuttgart J. S. W. Dietz.) Soziale Praxis; Nr. 31. Zeitschrift für Sozialpolitik.

### Berichtigung.

Im letzten Quartalsbericht muß es unter Linden anstatt 22.— Mark 39.— Mark heißen, somit hebt sich der Ueberschuß noch um 17 Mark. Brangenberg.

### Versammlungs-Kalender der Zahlstellen.

- In allen Versammlungen werden Beiträge entgegengenommen und können sich neue Mitglieder anmelden.
- Am 17. Mai finden nachstehende Versammlungen statt:
- Althoden. Nachm. 4 Uhr.
- Bredenscheid. Nachmittags 5 Uhr.
- Dorsfeld. Nachmittags 4 Uhr bei Wirth Schürmann.
- Harpen. Nachmittags 5 Uhr bei Sal. Stang.
- Hodwald. Nachmittags 5 Uhr, bei Wirth Heinrich Batfel in Rothenbau.
- Liebersdorf. Jeden Sonntag nach den 15. vor und nach der Versammlung.
- M.-Gonsfeld. Nachmittags 5 Uhr bei Wirth König. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
- Neu-Crengelbau. Nachmittags 4 Uhr werden bei dem Mit-gliede Franz Herbold Beiträge entgegengenommen.
- Oespel. Nachmittags 4 Uhr, bei Wirth Marx.
- Querenburg. Nachmittags 5 Uhr im Lokale des Wirths C. Appel.
- Salzbrunn. Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, beim Empfang der Zeitung.
- Wintersdorf. Im »Deutschen Haus« beim Gastwirth Bolle.
- Vornholz und Durchholz. Unsere Zahlstelle tagt bei Wirth Kroniger.
- Rothenbach. Die Zahlstelle tagt bei Wirth Barthel.
- Wesrich. Einlassung der Beiträge durch den Vertrauensmann.
- Wesrich. Sowohl beim Empfang der Zeitung wie auch vor und nach den jeden Sonntag nach den 15. des Monats statt-findenden Versammlung.

Wir ersuchen uns von allen Versammlungen (Verbands- sowie öffentliche Bergarbeiter-Vers.) sofort Berichte einzusenden.

Zur weiteren Entwicklung der Organisation im Herzogthum Braunschweig finden nachstehende

## Öffentl. Bergarbeiter-Versammlungen

statt:

**Sonnabend, den 17. Mai:**

**Helmstedt.**  
Nachmittags punkt 3 Uhr, in »Stadt Hamburg«.

**Schöningen.**  
Abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Lüders.

**Mittwoch, den 20. Mai.**

**Ostleben.**  
Abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Niemann.

**Donnerstag, den 21. Mai.**

**Barneberg.**  
Abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Koffenbach.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:  
Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und ihre Besserung durch die Organisation. Diskussion und Verschiedenes.  
Referent: D. Hue, Redakteur der »Deutschen Berg- u. Hüttenarbeiter-Zeitung«.

## Achtung!

Die eingegangenen Gelder zum Delegations-Fonds ersuche bis zum 16. Mai an meine Adresse abzusenden, damit in der am 17. Mai stattfindenden Besprechung die Geldangelegenheit geregelt werden kann.

**Brangenberg.**

**Dortmund.**  
Verein. Zahlstellen des Verbandes deutscher Berg- u. Hüttenarbeiter feiern

Sonnabend, den 25. Mai (2. Pfingstfeiertag), Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Reichelt, Betenstraße ein

## gemeinsames Sommer-Fest

bestehend in

### Concert und Ball.

**Gelsenkirchen.**  
Beiträge sowie Neuauflagen werden jeden Sonntag Königsstraße 20 entgegengenommen.

Für nur **5 Mark** mit Glode 50 Pfg. extra, versende gegen Nachnahme meine gut abgestimmten, als die besten anerkannten **Hon plus ultra-Concert-Zug-Harmonikas**, 35 Ctm. hoch, mit 10 Tasten, 2 Registern, 2 Klappen, 40 Stimmen, 3 Wälgen mit Edelsteinen, 2 Zuhältern, 75 Nickelbeschlägen und offener Nickelklaviatur, des fester orgelartiger Musik. Stim-men fast unzerbrechlich. Schule unkonst. Verpackung frei, Porto 50 Pfg. Garantie: Zurücknahme, wenn meine Instru-mente nicht gut ausfallen. Tausende Nachbestellungen.

**Herrn. Severting, Neuenrade, (Westfalen).**

In der Garantie die ich leiste, liegt die beste Bürgschaft für die Lieferung eines guten Instruments, nicht in markt-schreyerischen Annoncen.

Preislisten gratis und franco.